

Geführt täglich  
nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis  
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 M.  
Prämienliste bei freier Zustellung.  
Durch die Post bezogen 1.65 M.  
Verlegungsliste 6255a, Nachtrag VII.

# Volkswort

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Böhlbergasse.  
Telegraphen-Adresse: Volkswort Halle.

Insertionsgebühr  
beträgt für die 4 gefaltene  
Zeilen oder deren Raum 15 Pf.  
für Vereins- und Berammlungs-  
anzeigen 10 Pf.

Insertate für die fällige Nummer  
müssen spätestens bis vormittags  
1/2 10 Uhr in der Expedition  
aufgegeben sein.

Ar 101.

Halle a. S., Sonnabend den 2. Mai 1891.

2. Jahrg.

## \* Eine Betrachtung über das Koalitionsrecht.

Wenn wir hinausbliden in die Welt, überall, in Nord und Süd, in Ost und West, sehen wir, wie sich die Arbeit und das Kapital als feindliche Elemente gegenüberstehen. Die menschliche Utopie von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist ein überwundener Standpunkt, die Vertreter dieser Anschauung sind heute nur noch Karikaturen. Wo immer aber wir hinschauen, nirgends hat der Kampf zwischen den beiden Extremen eine solche Schärfe angenommen, wie in unserem deutschen Vaterlande. Die Arbeiter- und Arbeitgeberverbände der letzten Wochen, die privaten Maßnahmen der Arbeitgeberverbände der einzelnen Industrien — wir erinnern wiederholt an das „Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“ — haben uns in deutlicher Weise die Herrschaft der Kapitalistenklasse, gerichtet auf die vollständige Unterwerfung der Arbeiter unter die Fuchtel des Kapitals, ad oculos demonstrirt. Die Arbeitgeber verbinden sich, um die Organisationen der Arbeiter zu zerstören und die letzteren ihren Profitgeheimnissen darzustellen zu machen.

Aber nicht nur ist bemerkenswert, daß die Arbeitgeber ihre Arbeiter an der Ausübung des ihnen gesetzlich garantierten Rechts der Vereinigung zum Zwecke der Verbesserung ihrer Lage aus Gründen des Egoismus illusorisch zu machen bestrebt sind, es ist in den letzten Tagen auch wiederholt offenkundig geworden, daß die Arbeitgeber in diesem illudalen Bestreben sogar von den Behörden ganz direkt unterstützt worden sind. Die Arbeitgeber erklären zwar, das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anzuerkennen und nur übertriebene Forderungen, namentlich ungerechtfertigte Streiks verhindern zu wollen. Die Fuchtel des Kapitalismus verrät sich jedoch stets und ständig. Unter „berechtigten“ Bestrebungen verstehen die Herren Ausbeuter lediglich solche, welche auch ihre Anerkennung finden. Und da diese nie und nirgends aus eigener Initiative sich herbeilassen, die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern, so sind eben nach der ausbeuterischen Theorie alle Bestrebungen der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, unberechtigt, die bekämpft und unterdrückt werden müssen. Damit ist für die Arbeiter das freie Vereinigungsrecht annullirt.

Nichts erscheint deshalb berechtigter, als einige Betrachtungen über das Koalitionsrecht an sich anzustellen.

Der Arbeiter vereinzelt ist nicht, er muß, will er seine Arbeitskraft möglichst vorteilhaft veräußern, sich mit Gleichen vereinigen, um durch Verabredungen mit denselben den Preis zu bestimmen, für welchen sie ihre Arbeitskraft loszuschlagen wollen. Die Höhe des Preises der Arbeitskraft, der Arbeitslohn, übersteigt — nebenbei gesagt — nach ökonomischen Gesetzen in der Regel nicht den Betrag des zum Leben unbedingt Notwendigen. Die Koalition soll den Arbeitern die Macht verleihen, dem Kapital ein Paroli bieten zu können, denn: „Vereinzelt seid Ihr nichts, vereint Alles!“ und „Alle Käder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!“

Es kann nicht bestritten werden, daß die äußerste Konsequenz dieser Koalitionen theoretisch (in der Praxis werden es dieselben aus verschiedenen Gründen, die jedoch hier unerörtert bleiben müssen, nie so weit bringen) die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und damit das Mittel zur Einführung einer neueren und besseren Form der Produktion sein kann. Denn wenn die Arbeitszeit bis zu einem gewissen Grade verkürzt, der Lohn entsprechend erhöht wird, so wird der Mehrwert, den der Kapitalist aus der unbezahlten Arbeitskraft des Arbeiters schlägt, in einem gewissen Stadium vollständig aufgehoben und der Kapitalist zu seinem Unterhalte lediglich auf das Äquivalent aus geleisteter Arbeit angewiesen sein. In diesem Falle hat der Kapitalist aber aufgehört, Kapitalist zu sein und wird sich un schwer herbeilassen, die Produktionsmittel, die ihm jetzt thatächlich nichts mehr nützen, unter irgend welchen Bedingungen an die eigentlichen Produzenten, die Arbeiter, abzugeben.

Wir wiederholen, daß in der Wirklichkeit die Sache sich anders abwickelt, theoretisch der geschilderte Gang als möglich aber nicht wird angesehen werden können. Wir hielten uns aber gleichsam auch verpflichtet, auf diese äußerste Konsequenz nun deswillen hinzuweisen, weil es die stehende Phrase der Kapitalisten ist, daß die Forderungen der Arbeiter übertriebene und geeignet seien, die Industrie zu zerstören. Von allen den Forderungen jedoch, welche bis heute die beruflich organisierten Arbeiter gestellt, ist nicht eine, welche irgendwie den Bestand der Industrie zu gefährden, oder noch weiter der heutigen Produktionsweise und damit der bürgerlichen Gesellschaft den Boden abzugraben geeignet wäre. Alle bisherigen Forderungen waren vielmehr eine absolute Notwendigkeit — Lohnerhöhungen, um die überall gesteigerten Anforderungen ans Leben befriedigen zu können —, oder aus

ethischen Gründen geboten — Verkürzung der Arbeitszeit.

Diese Bestrebungen liegen nicht nur im Interesse der Arbeiter, sie liegen im Interesse der gesamten Gesellschaft, denn ein wirtschaftlich gut situierter Arbeiterstand ist nicht nur im Stande, bessere Arbeit zu liefern, als der gegenwärtig ungenügend genährte, er giebt auch eine gute Steuerquelle ab, sowie dem heutigen Staate das Material zu seinem Heere, welches ihm nachgerade auszugehen droht, denn der gleiche, ausgehungerte Arbeiterstand ist nicht mehr in der Lage, dem Heere den nötigen und geeigneten Zuwachs zu bieten. Wir sind selbstverständlich keine Freunde des Militärs, wollten vielmehr durch diese Darlegung zeigen, daß die heutige Gesellschaft selbst das größte Interesse haben muß an einem tüchtigen und kräftigen Arbeiterstand.

Die bisherigen Forderungen sind also auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung realisierbar und selbst die weitgehendste, die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, ist nicht nur von den Arbeitern als durchführbar und notwendig und den Bestand der heutigen Wirtschaftsordnung in keiner Weise gefährdend bezeichnet worden, sondern auch von einsichtsvollen Männern aller Stände und Klassen als berechtigt anerkannt worden, ja selbst in einigen Staaten Gegenstand legislativer Erörterung gewesen und teilweise schon durchgeführt.

## Politische Abersicht.

### Deutsches Reich.

— Im Reichstage kommt morgen die Novelle zum Branntweinsteuergesetz zur Beratung. Am Montag beginnt die dritte Beratung der Gewerbeordnungsnovelle. — Die Wahlprüfungskommission hat die Wahl des Abg. Willenleien (Wochum) und ebenfalls die Wahl des Abg. Ruch (Auerbach-Reichenbach) beanstandet. Der Antrag, die letztere Wahl sogleich für ungültig zu erklären, wurde mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

— Die leeren Bänke im Reichstage veranlassen jetzt sogar die „Nationall. Korresp.“, über die Diätenfrage nachzudenken und wünscht sie im Reichstage zur Erörterung gebracht zu sehen.

— Gestern war im 19. hannoverschen Reichstagswahlkreis Stichwahl zwischen Bismard und Schmalfeld. Obgleich bis jetzt keinerlei bestimmte Nachrichten vorliegen, so ist es doch sicher, daß — wie wir bereits früher mitgeteilt, Bismard mit einigen tausend Stimmen Majorität gewählt werden wird. —

58]

## Sand und King.

Roman von Anna Katharina Green.

[Nachdruck verboten.]

Mit der Zustimmung des Richters forderte der Distriktsanwalt Miß Dare rüchsigstvoll auf, die Zeugenbank zu verlassen. Allein die Kennung ihres Namens schien sie aus der Erstarrung, in die sie versunken war, anzurütteln, und sie sagte zum Richter: „Verzeihen Euer Ehren, allein ich wünsche die Zeugenbank nicht zu verlassen, ehe ich es allen klar gemacht, daß ich für den Tod der Mrs. Clemens verantwortlich bin, nicht der Gefangene. Die Dualen, die ich durchgemacht, indem ich gegen ihn Zeugenhaft abgelegt, müssen mir das Anrecht schaffen, auch jetzt gehört zu werden, wo ich mich schuldig bekenne.“

Wir halten Sie aber heute keiner Zeugenhaft fähig,“ entgegnete der Richter. „Wenn Sie die Wahrheit sagen, Miß Dare, werden Sie noch Gelegenheit genug finden, Ihre Angabe zu beweisen. Nur muß ich Sie aufmerksam machen, daß Ihr Bekenntnis allein nicht hinreicht, daß es zur Annahme Ihrer Schuld noch überwiegender Umstände bedarf.“

Solche Umstände kann ich aufbringen, Euren Ehren,“ erwiderte Imogene ruhig, und auf den sehr unangenehm betroffenen Hildy weisend, fuhr sie fort: „Nun Sie jenen Zeugen dort nochmals vor und befragen Sie ihn über das Gespräch, das er vor mehreren Wochen mit

Professor Darlings junger Dienerin Mary im Oberatorium geführt hat.“

Die Klarheit und Bestimmtheit ihres Handelns, die bestrafte Absicht, Beweise für ihre Selbstanklage zu schaffen, erhöhte die allgemeine Bestürzung. Mr. Drutt vermochte seine tiefe Bewegung kaum zu verbergen. Mrs Imogene verblieb ruhig und beharrte: „Wenn meine Aussage der Bestätigung bedarf, so vernehme Sie ihn; er hat bisher so wenig wie ich von jenem Vorfall gesprochen.“

In höchster Betroffenheit blickte der Richter auf dieses junge, schöne Mädchen, das sich bemühte, Schuldbeweise gegen sich selbst zu erbringen. Da weder Drutt, noch Ferris auf diesen Zwischenfall vorbereitet waren, trat allgemeine Stille ein.

Da ließ sich eindrucklich die Stimme des Gefangenen vernehmen. Crat Manfell hatte sich erhoben und stand in edler Haltung aufgerichtet; er lud an: „Ich bitte den Gerichtshof um Entschuldigung, daß ich mir erlaube, mich unmittelbar an ihn zu wenden, und bitte vor allem meinen Verteidiger um Entschuldigung. Wie hat sich seine Bedeutung glänzender behährt als in diesem Falle, und wäre er minder edel und großmütig, als er es ist, müßte ich fürchten, mir jetzt seine schärfste Mißbilligung zuzuziehen.“ Mr. Drutt wendete sich dem Angeklagten mit strenger Miene zu, dieser aber beachtete ihn nicht, und nur den Richter anblickend, fuhr er fort: „Ich hätte geschwiegen, frände nicht die von Ihnen begünstigte Ansicht des Herrn Distrikts-

anwaltes und Mr. Drutts bezüglich der Zeugin neuerlich in Frage, durch den Appell, den diese selbst geführt. Ihre Aussage ist nicht zu berücksichtigen.“ Der Richter erhob abmahnd die Hand, Manfell aber fuhr unentwegt fort: „Ich erbitte mir Gehör. Der Gerichtshof möge nicht glauben, daß ich im Begriffe stehe, ein plötzlich unüberlegtes Geständnis abzulegen. Nein, dies nicht, ich will nur nicht, daß der Zeugin Selbstanklage durch die Bedeutung meiner Entlastung von Seiten der Verteidigung Genüht erhalte.“

Mr. Drutts hatte sich von dem Augenblicke an, da der Gefangene zu sprechen begonnen, große Unruhe bemächtigt; er wußte nicht, solle er seinen Klienten zu sprechen hindern oder nicht, doch schloß er.

Manfell fuhr fort: „Gestern empfand und betradete ich die Sachlage in anderem Lichte. Wenn ich durch eine scheinbar unanschreibare Verteidigung gerettet werden konnte, so war es mir recht, heute aber wäre ich ein Freigelting, wenn ich der Großmut jener Dame gegenüber irgend welche Unwahrheit bestehen ließe, die, indem sie zu meinen Gunsten spräche, zu ihrem Ungunsten ausgelegt werden könnte.“ Zum erstenmale zu Mr. Drutt gewendet, sprach der Angeklagte nun mit großer Hochachtung: „Sir, es wurde Ihnen mehrfach versichert, der Weg von Kottage der Mrs. Clemens bis zur Bahnhafation am Steinbruche sei nicht zurückzulegen innerhalb neunzig Minuten. Das ist irrig. Allerdings ist's nicht möglich, ihn in dieser Frist zu gehen, allein es giebt ein Mittel, den Fluß zu kreuzen, ohne

Die letzten Nachrichten meiden: Bismarck 8212, Schmalz 4867 Stimmen.

In Magdeburg hat die Polizei die Marken zum Generalfest der Mauer beschlagnahmt. Diefelben sind seit Jahren anstandslos vertrieben worden. Auch der Fortschritt soll leben! Er beweist die Steigerung des Einflusses der Arbeiterbewegung. Nur wenn man fürchtet, verfolgt man.

Aus Königsberg i. Pr. wird telegraphisch gemeldet: Das Generalcommando hat den Truppen den Besuch von neummäßig Wirtschaften verboten. Viele der Inhaber sind konservativ und eine große Anzahl der Wirtschaften wurde von Advancierten besucht. Es herrscht große Aufregung in den betroffenen Kreisen.

Alter Streit. Im Sprechsaal der „Leipziger Zeitung“ veröffentlichten Herr Kantor Lippmann und Dr. G. Hoffmann in Froburg folgenden Aufsatz: Ein fast erblindeter Kollege, der Lehrer emer. Fr. Weinhold in Gnanstein bei Köthen in Sachsen, hat an viele Schuldirektoren und Lehrer ein Schreiben gerichtet, in welchem er seine Lage schildert und ein von ihm vor 4 Jahren komponiertes Klavierstück „Erinnerung an Gnanstein“ zum Kauf anbietet. Er hat aber erfahren, daß hier oder da geglaubt worden ist, er habe, um Mitleid zu erwecken, seine Lage zu traurig, nicht wahrheitsgemäß dargestellt, und er bittet deshalb die Unterzeichneten, daß sie die vollkommene Wahrheit in dem betr. Schreiben gemachten Angaben bezeugen möchten. Wir thun dies gern, da wir seine Lage genau kennen, und bitten alle lieben Klavierspieler, durch Kauf des hübschen Klavierstücks den bedrängten Kollegen zu unterstützen. Bei seiner geringen Pension von 1019 M. 52 Pf. und bei seiner jährlichen Familie (8 Kinder) kann ihm der Erlös eine Erleichterung seiner Sorgen werden. — Der „Wähler“ jagt hierzu: Wir wollen durchaus nicht sagen, daß die Pension von 1019.52 M. zu hoch sei; auch gönnen wir Herrn Weinhold gern jede Unterstützung, die ihm den Lebensabend erträglich macht, aber konstatieren wollen wir, daß hier eine Pension von über 1000 M. als unzulänglich bezeichnet wird. — Was fängt aber der 70 Jahre alte Arbeiter mit 33 Pf. per Tag an? — Und was machen jene Armen, denen das „Glück“ der Reichstrome überhaupt nicht zu teil wird.

— Von einem Lehrreichen in Sächsischen Polizeiwirk für weiß die „Frank. Tagespost“ zu berichten. Vor etwa 3 Monaten beging ein Polizeinspektor in der kgl. bayerischen Stadt Hof die Selbsttötung, eine friebliche Wirtschaftsgesellschaft als geheime Verammlung zu deklarieren, dieselbe Kraft seines Amtes aufzulösen und den Wästen mit Hinauswerfen zu drohen. Wörtlich sagte der Inspektor zu den ihn begleitenden Polizeihofboten: „So, jetzt werfen Sie Herrn Eizinger hinaus!“ Gegen sämtliche anwesende Wäste wurde vom Staatsanwalt Anklage erhoben wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und Vergehens wider das Gesetz über Verammungen und Vereine (Art. 2, 16, 20, 22); des letzteren Vergehens war auch der Anklage angeklagt. Der Schreiner Hans, welcher am Nachmittag jenes Tages die öffentliche Tischlerversammlung einberufen hatte, welche von oben genannten Beamten aufgelöst worden war, angeklagt weil Winderjährige anwesend waren, sitzt wegen dieser Angelegenheit nun drei Monate in Untersuchungshaft, trotzdem derselbe erst unterwegs von den Dienern der heiligen Hermanbad aufgegriffen und in das betreffende Wästhaus zurückgeschleppt wurde, welches er eine Viertelstunde zuvor schon verlassen hatte. Nun ist heute den Beteiligten eröffnet worden, daß die Strafkammer des kgl. Landgerichts sämtliche Angeklagte außer Verfolgung gesetzt

hat, da dieselben nicht „hinreichend verdächtig“ erscheinen. Ein klarer Beweis wie dieser, daß durch den Ueberreifer und die Gesetzesuntreuen einzelner Beamten Staatsbürger in der unerantwortlichsten Weise geschädigt werden können, kann wohl nicht mehr erbracht werden. Wer entschädigt denn jetzt den unglücklich infamisierten Schreiner Hans? Vielleicht der Inspektor, der die Veranlassung zu dieser ganzen Geschichte gegeben hat? Sicher nicht! Zum Schluß dürfte es sich noch empfehlen, darauf hinzuweisen, daß eigentlich der Wirt den Hauptfehler mit gemacht hat; er hätte die Pflicht gehabt, dem Herrn Inspektor zu beweisen, daß er Herr in seinem Hause ist, und daß es auch einem Polizeibeamten nicht erlaubt ist, ohne die Veranlassung und Beweis die Gäste eines Wirtes hinauszumwerfen. Aber es steht eben noch immer zu viel vom geblühenden Mittel im Blute des Deutschen.

Die Jedenverwaltungen verweisen, wenn die Rede auf die Forderungen der Bergarbeiter kommt, behändig darauf hin, daß die Bewilligung höherer Löhne u. s. w. die Leistungsfähigkeit des deutschen Bergbaues wesentlich beeinträchtigen würde. Wie es mit solchen Behauptungen steht, beweist die in der „Köln. Ztg.“ veröffentlichte Bilanz der Arenbergischen Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Essen für das Geschäftsjahr 1890. Danach erhalten die Aktionäre nicht weniger als 120 Proz. Dividende gegen 80 Proz. im Vorjahr. Die „Köln. Ztg.“ erinnert hierbei an die Rede des Kaisers an die Deputation der Grubenbesitzer, in welcher er sagte, daß die Arbeiter Löhne lesen und wüßten, wie das Verhältnis des Lohnes zu den gewinnenden Gesellschaften steht und daß es erklärlich sei, wenn sie mehr oder weniger daran teil haben wollten, die Grubenbesitzer müßten deshalb mit größerem Ernst die Sadlage prüfen und womöglich für fernere Zeiten vergleichlichen Dingen vorzugeben suchen. Daß in der vom Kaiser angebotenen Richtung nicht gesehen ist, ist aller Welt bekannt, wohl aber sind die Lebensmittel täglich im Preise gestiegen. Angesichts der Bergarbeiterlöhne und solcher Dividenden klingt es geradezu wie ein Hohm, wenn wir in der „Köln. Ztg.“ lesen, daß „die Lohnverhöhungen den berechtigten Anforderungen der Bergleute durchaus entsprechen, dem Arbeiter aber auch gestatten, Vorkerkungen für einen Anstand zu treffen“. Wenn letztere Aeußerung einen vernünftigen Sinn haben soll, so kann damit nur gemeint sein, daß der Lohn zu hoch ist, da er einen Streikfonds anzulegen gestattet.

Bulgarien. Ein Sezegediner Blatt bringt die noch unbefestigte Nachricht, daß der Mörder Weltkows, ein Russe Namens Grifow, in Orjowa von ungarischen Gendarmen verhaftet und sofort per Dampfer nach Rußland gebracht und an Bulgarien ausgeliefert worden sei. Grifow soll gefähig sein, Weltkow unter Mithilfe zweier Komplizen ermordet zu haben.

Rußland. Ein Unfall-Vericherungsgesetz ist im Reichsrat eingebracht und mit der Beratung begonnen worden. Ob die Einrichtung weit her sein und ersprießlich wirken wird, kann man natürlich nicht beurteilen bei der geheimnisvollen Art, mit der im Reiche des „weißen Zaren“ Gesetze zu Stande kommen.

Reichstag. 110. Sitzung vom 29. April, 11 Uhr. Die zweite Beratung des Feuer-Gesetzes wird fortgesetzt bei dem § 67. Derselbe handelt von den Ausfuhrprämien. Nach der Regierungsvorlage soll die Prämie für Holzrunder 1 M. pro Doppelcent betragen und überhaupt nur noch während der drei Jahre August 1892—1895 gegolten werden.

hatten sie nicht stillhalten können, jetzt aber traten sie wieder in ihr Bollgewicht. Die Geschworenen konnten ihn mit gutem Gewissen schuldig sprechen. All dies erzwogen und sagten sich die Leute. Es vergingen wohl zehn Minuten, ehe genügende Stille eintrat, damit der Richter sich vernünftig machen konnte. Er bemerkte zur Zeit, daß die außerordentlichen Ereignisse dieses Verhandlungstages reichliche Erwägung von seit der Anklage bedürfen und daß er inzwischen jegliche Verhandlung sistieren wolle. Die Geschworenen stimmten zu, und die Verhandlung wurde bis zum nächsten Morgen vertagt.

Imogene, immer noch auf der Zeugenbank sitzend, verfolgte mit stumpfem Blicke den Gesangenen, der von dem Schließern aus dem Saale geführt wurde. Noch vermochte sie es nicht voll zu fassen, daß ihr furchtbares Opfer — denn ob wahr oder falsch, ihre Aussage hatte sie in den Augen der Welt jedenfalls zu Grunde gerichtet — zu nichts anderem gedient, als den Entleeren jenem Verderben zuzuführen, dem sie ihn entziehen gewollt.

35. Kapitel. Für und Wider. Deinahe unmittelbar nach Schluß der Sitzung berief Mr. Ferris die beiden Detektive zu sich. Er sagte zu ihnen: „Es gilt die Erwägung einer wichtigen Frage: Sollen wir die Anklage verfolgen oder auf den Zwischenfall eingehen?“

Ein Antrag Witte (reif), will den Paragraphen, also die Ausfuhrprämien, ganz streichen.

Ein Antrag Deterer (Zentrum) will die Ausfuhrprämien für fünf Jahre gewähren, und zwar 1 1/2 Mill. in den ersten drei, und 1 Million in den weiteren zwei Jahren.

Ein Antrag Graf Stolberg und Gull (Recht.) will die Prämie auf acht Jahre gewähren, und zwar 1 1/2 Millionen in den ersten vier, und eine Million in den weiteren vier Jahren.

Ein Antrag Fürst Hagefeldt (Recht.) will ohne zeitliche Begrenzung „bis auf weiteres“ eine Prämie von 1 1/2 M. gewähren und durch Resolution die Regierung anfordern, mit den anderen Jüder exportierenden Staaten in erneute Verhandlungen behufs gemeinsamer Festsetzung der Ausfuhrprämien einzutreten.

Abg. Graf Stolberg (Lank.) bezeichnet den freisinnigen Antrag für unannehmbar; bei Annahme derselben würden zwar die großen Aktienfabriken etwas weniger Dividende zahlen, aber zugleich die kleineren Fabriken zu Grunde gehen müssen. Da sei doch das Verlangen der Sozialdemokraten, die Zuckersteuer ganz fallen zu lassen, konsequenter. Er und seine Freunde würden zunächst für den Antrag Hagefeldt, bei dessen Ablehnung aber für seinen (Stolberg's) Antrag stimmen.

Abg. Fürst Hagefeldt (Recht.) kann wohl begreifen, daß jemand die Ausfuhrprämien überhaupt und sofort abschaffen wollte, unter der Voraussetzung, daß unsere Jüderindustrie auch ohne Prämien konkurrenzfähig bleibe. Nicht begrifflich sei ihm dagegen, wie man die Prämien nur auf eine bestimmte begrenzte Zeit bewilligen könnte. Denn wer überhaupt noch Prämien bewillige, gehe doch von der Voraussetzung aus, daß unsere Industrie ohne Prämien nicht konkurrenzfähig sei, und wer nun einmal dieser Ansicht sei, könne doch unmöglich heute behaupten wollen, über 6 oder 8 Jahre könne unsere Industrie auch ohne Prämien die Konkurrenz des Auslandes aushalten! So etwas vermöge doch niemand vorzusagen. Das Wichtigste sei kein Antrag, also bis auf weiteres Prämien zu gewähren, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, wo auch die Konkurrenzländer das Prämiensystem fallen lassen.

Abg. Witte (reif) meint, ihm könne doch gewiß niemand nachsagen, daß er kein Freund der Jüderindustrie sei. Aber gerade die Prämien hätten die ungesunde Ueberproduktion großgezogen. Und erst nach deren Aufhebung sei eine Wiederherstellung der Verhältnisse zu erwarten. Heute, wie früher, sei wieder auf das Ausland und dessen Konkurrenz hingewiesen worden. Er sei schon früher wiederholt gegen diese übertriebene Schreibung von den auswärtsigen Industrien aufgetreten. Wie habe man nicht früher namentlich die amerikanische Konkurrenz betont. Nun, die ganze dortige Rübenauferfabrikation (siehe in der Luft. Nr. drei leistungsfähige Rübenauferfabriken beständen jetzt noch in Amerika. Die von ihm verfasste Arbeit, deren Bissen bisher noch immer unüberleibt geblieben seien, weisen auf das Deutsche nach, daß Frankreich noch immer viel teurer produziere, als Deutschland. Auch Prof. Basalle sei in seinen Untersuchungen zu genau denselben Resultaten gekommen, wie er selber, habe aber leider — ein edler Professorenschick — den Schluß daraus gezogen, man möge doch trotzdem der deutschen Industrie eine mäßige Prämie noch auf einige Zeit lassen. Die Furcht des Schatzpfeilers vor einer Ueberanschwellung der Jüderproduktion löne er (Rebner) nicht teilen, er glaube vielmehr, daß auch nach Fortfall der Ausfuhrprämien unsere Produktion noch eine weitere Ausdehnung finden könne und werde. Aber er glaube zugleich, daß nach Aufhebung der Prämien die Weltmarktpreise eine viel gefährliche Entwidlung erfahren würden. Dagegen würde gerade durch eine Uebergangszeit mit Prämien ein ungesundes Element in die Entwidlung unserer Industrie gebracht werden. Jede man die Prämien auf, so stehe die Industrie endlich ein. Man lasse die Verhältnisse, auf einer gesunden Basis, und er könne daher nur bitten, dem freisinnigen Antrage gemäß, die Prämien alsbald ganz zu beseitigen.

Abg. Deterer (Zentrum) erklärt, seine Freunde seien mit einer an Einkimmigkeit grenzenden Majorität der Ansicht, es müsse der historischen Entwidlung der Jüderindustrie entsprechend ein Uebergang gefunden werden. Und da die Regierungsvorlage ansichtslos sei, so glaubten sie, mit ihrem Antrage einen Weg zu schaffen, der auch für die Regierung annehmbar sei. Sogar der Abg. Witte selber habe sich auch bei einer früheren Gelegenheit — allerdings unter Wahrung seines auf eine reine Konsumsteuer gerichteten prinzipiellen Standpunktes — dahin ausgesprochen, daß er eventuell auch für eine Uebergangs-Etate, und eine solche schlage ja sein (Deterer's) Antrag vor, zu haben sei. (Gut! Fort!) Andererseits gebe er den Herren Fürst Hagefeldt und Graf Stolberg zu bedenken, daß es weder in dem Interesse der Industrie noch in dem der Steuerzahler liege, in derselben Weise, wie bisher, auch künftig und dauernd durch Prämien einer weiteren Ueberproduktion Vorkauf zu leisten. Der Standpunkt der Regierung in dieser Beziehung sei an sich sicherlich kein falscher. Auch

„Eingeben, soll ich glauben!“ rief Hicory, wie gewöhnlich zuerst sprechend. „Die Kandidatur in die Ehre, die Witte Clemmens amgebracht zu haben, verdient mindestens gehört zu werden.“

„Aber Sie glauben doch nicht an ihre Erzählung, selbst wenn Sie vor des Gefangenen Aussage an ihr zweifeln?“ unterbrach ihn Byrd eifrig. „Sie wissen ganz wohl, daß Miß Dare das Verbrechen nicht beging, sondern sich nur derselben anlagte, um den Geliebten zu retten. Nicht wahr, Sir, Sie glauben nicht an ihre Schuld?“ wendete er sich an den Distrikts-anwalt.

Statt ihm zu antworten, bemerkte Mr. Ferris zu Hicory: „Miß Dare winstigt wohl Ihre Wiedervernehmung, damit es zur Sprache komme, Professor Darlings Dienerin habe Ihnen mitgeteilt, sie, die Zeugin, habe sich am 26. zur angegebenen Zeit nicht im Oheratorium befunden, nicht so?“

„Ja, Sir.“

„Ein sehr belastender Umstand.“

„So ist's, Sir.“

„Aber verzieht es sich auch so? Die Erklärung, welche mir Miß Dare gestern abends abgab, lautete ganz entgegengekehrt ihrer heutigen Aussage vor Gericht. Sie sagte mir, sie habe sich, als die Dienerin kam, im Oheratorium befunden, habe aber hinter einer mit Wappen und Karten angehängten Stelloge durch ein Telephon geblickt. — Warum sahren Sie zusammen, Hicory?“ (Fortsetzung folgt.)

den Umweg über die Brücke zu machen.“ Hicory vermochte einen Ausruf des Unglaubens nicht zu unterdrücken; der Gefangene fuhr fort: „Wäre ein Folgsamer hier, er würde es Ihnen bestätigen. Die gewaltigen Stämme, die, der Strömung überlassen, zur Bahnstation treiben, können von jemand Seibten ganz leicht als Floß benützt werden. Ich habe als Knabe ein Jahr in den Waldungen in Maine verbracht und es dort gelernt, geschieht auf einem von der Strömung getriebenen Stamm zu balanzieren. Ich fand einen gewaltigen Stamm am Ufer angeschwemmt, sprang darauf und lenkte ihn vermittelst einer langen Stange, die ich nahebei fand, dem gegenüberliegenden Ufer zu. Wieviel ich will jener Herr,“ wieder war der unglückliche Hicory gemeint, „der sich schon so viele Mühe gegeben, die Verteidigung zu entkräften, sich die Mühe geben, es zu versuchen; er wird dann erfahren, daß man in weniger als neunzig Minuten die Distanz zurücklegen kann. Ich habe es gethan!“ Ohne einen Blick auf Imogene zu werfen, mit ruhiger, männlicher Würde nahm Mansell wieder den Sitz des Angeklagten ein.

Unbefriedigliche Unruhe bemächtigte sich der im Saale Anwesenden. Alle sprachen durcheinander. Es schien, daß der Angeklagte sich durch seine eigene Widerlegung der Verteidigung dem Gesetze ausgeliefert habe. Die öffentliche Meinung verlangte Blut für die Missethat. Die Schuldbeweise gegen Mansell waren überwältigend gewesen, allein der Beweisführung Orcutt's gegenüber

bede sich doch das Interesse der Industrie keineswegs so durchaus mit dem Interesse des Reiches, wie es behauptet werden. Man solle deshalb den Weg der Verhandlung betreten. Zu bebauern ist, daß sich die Regierung nicht klar über das, was für sie annehmbar ist, geäußert habe. Nur in einem Punkte hat sie sich deutlich geäußert: In der Notwendigkeit der Prämien. Und gerade das ist es, auf das für seine Partei ein Grund, weshalb sie den Antrag überhaupt nicht annehmen können. Seine Partei schlägt nun eine Mittelstimme ein zwischen den acht Jahren des Stöberlings Antrages und den drei Jahren der Regierungsvorlage, indem sie fünf Jahre und eine fallende Scala für die Höhe der Prämien vorschlägt. Diesen Antrag bitte er das Haus, anzunehmen.

Vom dem Abg. Richter und Genossen ist inzwischen ein Antrag auf zwei namentliche Bestimmungen eingegangen: über den Antrag Stolberg und über den Antrag Orterer.

Schäpfertried v. Walpahn erklärt, erst wenn die Beschlässe des Reichstages vorliegen würden, würden die verbündeten Regierungen dazu Stellung nehmen können. Bis er heute hier über die vorliegenden Anträge sagen könnte, bitte er daher, nun als seine private Meinung anzuführen. Und da habe er zunächst den finanziellen Effekt der Anträge zu prüfen. Der Antrag Orterer-Spahn kommt der Regierungsvorlage nach. Der Antrag Stolberg wird der Regierung einen erheblich größeren Verzicht auf Einnahmen zu. Ebenso der Antrag Schäpfertried; auch weicht dieser prinzipiell so sehr von der Vorlage ab, indem er die Uebergangsperiode nicht begrenzt. Der Antrag Witte endlich ist ja finanziell für die Regierung am günstigsten, entfernt sich aber insofern am weitesten von der Vorlage, als letztere nicht ohne weiteres in die Lage der Industrie eingreifen. Sondern eine Uebergangsperiode schaffen wollte. Einer solchen Behörde es. Sei sie vertrieben, so würden die Regierungen und der Reichstag auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen ja nachmals prüfen können! Sollte sich dahin zeigen, daß die Industrieindustrie Deutschlands nicht konkurrenzfähig ist, und daß die anderen Staaten mit Abschaffung der Prämien nicht nachfolgen, so ließe es immer noch zu erwägen, ob man nicht alsdann die Uebergangsperiode verlängern sollte.

Abg. Ulrich (Soz.) erklärt sich gegen die Zudersteuer überhaupt, wie gegen alle indirekten Steuern, dabei als Ersatz auf eine progressive Einkommensteuer hinweisend. Die Prämien, deren völliger Fortfall geboten sei, öffneten nur der kapitalistischen Spekulation Lohn und Profit und brachten nur den bestehenden Zuderindustriellen großen Vorzug auf Kosten der Menge.

Abg. v. Koczielski (Soz.) kann vom Standpunkte der Interessen der Landwirtschaft, die den Kontrakt der Regierung als Vorlage nicht annehmen. Man gewöhne sich ja schon an seinen Prämien der Antrag Schäpfertried, aber auch gegen diesen würde sie bei der zweiten Lesung stimmen, weil auch er die Zuderindustrie gegenüber der bisherigen Zudersteuer-gebung benachteiligt.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) führt aus, irgend ein Definitivum sei jedenfalls jedes Provisorium vorzuziehen, da bei letzterem die Agitation, hier und außerhalb, in der Presse, doch nicht aufhören würde. Was die Regierungen vorschlagen halte er, und wie er glaube auch die Mehrheit seiner Freunde, nicht für genügend. Etwas mehr müsse für die bedrohte Industrie geschehen. Jedoch sei er der Meinung, daß die Anträge Schäpfertried und Stolberg doch des Wertes eines ja viel thun, der erstere namentlich insofern als er die Prämien ohne Begrenzung bis auf weiteres fortbestehen lassen wolle. Werde das zum Beschluß erhoben, so würden die Agitationen kein Ende nehmen und die Industrie gar nicht zur Ruhe kommen lassen. Bei dem Stolberg'schen Antrage sei ihm die Uebergangszeit zu lang. Er sei daher geneigt, dem Antrage Orterer zuzustimmen und hoffe, auch die Regierungen würden dies thun.

Abg. Schrader (freis.) bemerkt, aus äußerer habe ihm die Erklärung des Schäpfertried's frappiert, daß, wenn die Uebergangsperiode ihrem Ende nahe, dann wiederum Erwägungen darüber angestellt werden würden, ob die Uebergangsperiode nachmals zu verlängern sei. Diese Erklärung heile die Vorlage auf einen ganz anderen Boden, indem sie die Auffassung milderle, daß die Vorlage mit der Festlegung einer Uebergangsperiode ein Definitivum schaffen, die definitive Abschaffung der Prämien nach einer durch dieses Gesetz festzulegenden Frist ansprechen wolle. Um so richtiger sei es, wenn die freisinnige Partei an ihrem Antrage, sojortig definitive Abschaffung der Prämien, festhalte. Denn welchen von den drei Anträgen, ob Orterer oder Stolberg, man auch heute annehme, — immer bleibe der Vorbehalt des Schäpfertried's bestehen, daß, gleichviel ob nach 6 oder 8 oder 3 Jahren, nach Ablauf dieser Zeit von neuem der Fortbestand der Prämien zur Beschlußfassung gestellt werde. Er und seine Freunde hätten dem entgegen jede Verlängerung des Prämienhelfens für durchaus bedenklich, weil dieselbe lediglich die gesunde Entwicklung der Industrie hintanhaltend, wie das sehr treffend ja auch der Schäpfertried dargelegt habe.

Schäpfertried v. Walpahn erwidert dem Vordrager, er habe keineswegs in Aussicht stellen wollen, daß nach Ablauf der heute zu beschließenden Uebergangszeit eine weitere Verlängerung werde beschlossen werden. Die Regierungen seien noch heute der Meinung, daß die von ihnen vorgeschlagene Uebergangsperiode ausreichend sei. Wenn aber nach dem bis dahin gemachten Erfahrungen die Konkurrenzfähigkeit der Industrie im Falle des Wegfalls der Prämien zweifelhaft bedenklich solle, dann würde ja natürlich deren Fortdauer in Erwägung zu stehen sein. Aber alsdann würde es naturgemäß eines neuen gesetzgeberischen Aktes bedürfen, um diese Fortdauer zu bewerkstelligen.

Abg. v. Staudy (konf.) erklärt, mit einem Teil seiner Freunde im Interesse der Landwirtschaft, des Ribbenbaues, nicht nur gegen die Regierungsvorlage, sondern auch gegen alle vorliegenden Anträge zu stimmen.

Abg. Uhlen (konf.) beantragt, im Antrage Schäpfertried die Worte „bis auf weiteres“ zu streichen, mit also ebenfalls unbegrenzte Fortdauer.

Nach Schluß der Debatte. Die Anträge Uhlen und Schäpfertried werden gegen geringe Minoritäten abgelehnt. Ueber den Antrag Stolberg ist die Abstimmung eine namentliche, sie ergibt Ablehnung des Antrages mit 28 gegen 16 Stimmen. (Weiterer.) Dafür einzelne Konservative und Freisinnig-Vertheiler und die national-liberalen Abgg. Dörschüler, Boll, Soling.

Nach über den Antrag Orterer ist die Abstimmung namentlich und ergibt Ablehnung des Antrages mit 142 gegen 104 Stimmen. Dafür das Zentrum geschlossen, fast sämtliche National-liberalen und vereinzelte Konservative.

Für die Regierungsvorlage erhoben sich nur vereinzelte National-liberalen und vom Zentrum; auch sie und damit der ganze § 67 ist also abgelehnt, die Prämien sind also überhaupt gestrichen.

Die Beratung geht jetzt zu § 2 über: Verbrauchssteuer. Nach der Regierungsvorlage 22 Mark, nach den Anträgen Stolberg und Orterer 18 Mark und nach dem Antrage Witte 16 Mark.

Abg. Witte (freis.) befürwortet seinen Antrag damit, daß der fiskalische Zweck der Vorlage schon durch eine Verbrauchssteuer von 16 Mark in überreichem Umfang erreicht werde, zumal nachdem jetzt zu seiner Freunde die Ausfuhr-Prämien weggefallen seien.

Abg. v. Hoensbroech (Zentr.) und Stolberg (konf.) empfehlen 18 Mark in der Voraussehung, daß über den § 67 doch noch bis zur 3. Lesung eine Verhandlung zu stande komme.

Abg. Richter führt aus, er sei bereit, die Regierung für die Aufhebung der Materialsteuer (Schabos) zu halten. Aber er sei außer Stande, die 18 Mark und ebenso auch außer Stande, die 16 Mark Konsumsteuer zu bewilligen. Bei einer Steuer von 18 Mark würden für die Regierung 20 Millionen Mark und bei 16 Mark Steuer etwa 11 Millionen Mark Mehrerinnahmen herauskommen, und das der Regierung zu bewilligen, liege kein Anlaß vor.

Schäpfertried v. Walpahn erklärt, den verbündeten Regierungen sei allerdings an Mehrerinnahmen aus der Zudersteuer gelegen mit Rücksicht auf die in den nächsten Jahren zu gemächtigenden Mehrausgaben. Falls das Haus unter den Steuerfuß von 18 Mark herabsetze, so müsse er beweisen, daß ein solcher Beschluß des Hauses auf Annahme seitens der Regierungen rechnen dürfe.

Damit ist auch diese Debatte beendet. Die Regierungsvorlage, 22 Mark, wird einstimmig abgelehnt. Für den Antrag Orterer-Stolberg auf 18 Mark erhoben sich das Zentrum, einige National-liberalen und einige Konservative. Da die Abstimmung zunächst zweifelsfrei bleibt, tritt Zahlung ein. Der Antrag wird mit 112 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag Witte auf 16 Mark erhoben sich nur die Mehrheit der Freisinnigen und vier Reichsparteiler, auch er ist also abgelehnt.

§ 2, Verbrauchssteuer, ist also gänzlich gefallen. § 64 setzt einen Eingangszoll von 36 Mk. fest, auch dieser Paragraph wird abgelehnt, dagegen der Rest des Gesetzes (verschiedene Uebergangsbestimmungen) angenommen.

Wegen 1 Uhr: Handelsvertrag mit Marokko, Musterchutz, andere kleine Vorlagen und Petitionen.

### Aus Stadt und Land.

#### Halle, 1. Mai.

§ Zur Waiteier. Wir geben zur allgemeinen Kenntnis, daß die Gewerkschafter auf der Hauptversammlung am Sonntag, den 1. Mai, in Halle, abends 8 Uhr, im Hotel „Zur Waiteier“ stattfinden werden. Wir bitten die Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.

§ Rottebende Metallindustrie! Nach einem Beschluß der am 2. April hier stattgefundenen öffentlichen Zusammenkunft der Aktionäre der „Halle'schen Maschinenfabrik und Eisengießerei“ wurde u. a. bestimmt, vom Reingewinn 100000 Mk. dem Dividenden-Ausgleichsfonds zu überweisen und an die Aktionäre (also an sich selbst) für 1890 eine Dividende von 35 Proz. zu verteilen. Der Umsatz in 1890 hat 3608030 Mk. betragen, mehr als viermal so viel, als das Aktienkapital der Gesellschaft austrägt. Schade, daß man über die Tantiemen u. s. w., die hinwiederum den „armen“ Direktoren zugeflossen sind, nichts Sicheres mitteilen kann.

§ Achtung! Die obere Saale meldet 2.10. Viel Wasser in Aussicht! Die Igl. Bauart ge. 2. so lautet der Inhalt einer Postkarte, welche im Ausgangspunkte für Bekanntmachungen des Reichstages im Eingang zum Stadthaus unter Glas und Schutzglas enthalten ist und den Zweck haben sollte, Warnung vor zu erwartendem Hochwasser zu geben. Jeder Leser dieser Karte muß erschrecken, daß nach einmal und immer wieder die Saale über ihre Ufer treten und das niedriger gelegene Gelände, wie schon viermal seit vergangener Herbst, überschwemmen wird. Wer aber die letzte Heile mitzulesen gewohnt ist, wird — gewiß mit schmerzlichen Achzeln — dadurch beruhigt von dem gehen, daß diese lautet: „Raumburg, den 6. März 1891.“

Zeichener am Stadthaus-Diebstahl verhaftet. Als der gestern zum Vermin gelandene, wegen Kupferdiebstahls verurtheilte hiesige Gerichtsbeamte, junge Kontrakt-Bild-Kempin in Braunschweig auf dem hiesigen Landgericht erwidert, wurde derselbe wegen Verdachts der Teilnahme am Stadthaus-Diebstahl verhaftet. Allem Ansehen nach hat der fürzlich in Köln verhaftete 19-jährige Röder von hier Wehrungen getan, welche zu der heutigen Verhaftung des Kempin Veranlassung gaben. Kempin ist hier wohl noch in „guter Erinnerung“, da er vor einer Reihe von Jahren mit einem Kollegen J. wegen Kassen-Veruntreuung und Fälschung der Wähler (er war in der Schuldhaft), die früher besondere Räume inne hatte, angefaßt, wo hier gestochen war.

#### Vermischtes.

\* Einen Schatz von 21000 Rubeln fand dieser Tage hart an der schlesischen Grenze in einem Steinbruch, noch auf russischem Boden, ein Fleißbeschauner aus Laurabütte (Oberschlesien), auch wurde ihm derselbe von hincinzulernen Grenzbeamten wieder abgejagt. Das Geld ist 1863 zur Zeit der polnischen Unruhen von Bürgermeister von Geladz vergraben worden, da der Letztere aber verhaftet und nach Sibirien geschickt wurde, blieb der Schatz 28 Jahre ungenutzt. Er bildet

die Gemeindefasse von Geladz und ist dieser Ortschaft jetzt auch wieder zugefellt worden. — (Sollte davon nichts in den Händen der Kosaken zurückgeblieben sein?)

\* Einen neuen Zweig weiblicher Industrie hat eine junge Dame in Chicago entdeckt. Sie macht in den Zeitungen bekannt, daß sie jungen Herren, welche sich in Gesellschaft des schönen Geschlechtes unsicher fühlen und sich ihnen sind, Unterricht in der Etikette und der Art und Weise, wie mit Damen zu verfahren ist, erteilt. Nachlässigkeit an Liebhaber und solche, die es werden wollen, sind extra zu honorieren. Wie es heißt, hat sie sich eines starken Zuspruchs zu erfreuen.

#### Briefkasten.

F. W., Götting. Ihre Karte ertheilt mir verpätet zugleich mit dem, da die Adresse nicht korrekt war. Wir bitten bei allen die Expedition betreffenden Angelegenheiten zu adressieren: „An die Expedition“ und bei allen realistischen Sachen: „An die Redaktion des Volksblattes, Halle, Volbergasse.“ Also stets den Namen des Redakteurs resp. Expedienten weglassen, da alle namentlich adressierten Zuschriften als persönliche gelten und in die Privatwohnungen der Betreffenden gehen, wodurch wir Zeitverluste zu besorgen haben.

#### Eingekandt.

Zur Antwort auf den Artikel, betr. die Filiale der Zentral-Fischer-Krankenkasse bei Herrn Pabel diene folgendes. Häre Herr A. Krull mit seinen etwa. Aufträgen seinen Pflichten nachgekommen und am 26. d. M. in der Hauptversammlung unserer Kasse anwesend gewesen, hätte er nicht notwendig gehabt, das „Volksblatt“ in Anspruch zu nehmen, denn dort war und ist der Ort für derartige Erklärungen. Die Hauptversammlung und nicht der Vorstand hat die Aufhebung der Beitragsanleihe beschlossen. Der Raum dieses Blattes gilt und zu solcher mit den. A. zu bezeichnen, wir werden denselben vielmehr auf die am 10. Mai wieder stattfindende Versammlung, wir werden die Antwort auf seine Frage schuldig bleiben. Waldert, Meyer, Bösch.

#### Eingekandt.

Begrußung und die Stadtratsdienst-Erklärung vom 27. April c., betreffend der Kritik der Herrn Stadtrats-ordnenen Schmidt II über zu hohe Quantitäten hiesiger Beamten beim Maurerkongress 1889, welche doreis als Stenograph fungierten und pro Stunde mit 4 Mark bezahlt wurden, insgesamt 320 Mark erhielten, sehen wir uns veranlaßt den Lesern dieses Blattes mitzutheilen, was überhaupt den hiesigen Maurern dieser Kongress im Verhältnis zur hiesigen Behörde geflohen hat. Wir schämen voraus, daß die ganze Veranstaltung den hiesigen Kollegen schlag; 1. waren über 100 Bogen zu lesen, 2. mußten die Delegierten auf dem Bahnhof empfangen werden, ferner mußten Ausgaben für Schreibmaterial für Delegierte, ein Transport, 20 Buch Erklärungsprotokolle, 120 Bogen 0 Papier, 120 Bleistifte und verschiedenes andere gemacht werden. Und dieses alles verurtheilt den hiesigen Maurern einen Kostenaufwand von 29 — sage und schreibe neunundzwanzig Mark! — eine treffende Illustration, wenn man annimmt, daß zu einem Kriegereinstieg allein von der Stadt durch Magistratsantrag 1000 Mark gefordert werden.

Unsere Mitteilung, betreffs die Ausgaben vom Kongress beweist klar und deutlich die Opferwilligkeit der Arbeiter überhaupt, im Verhältnis zu dem Patrioten.

#### Ständesamtliche Nachrichten.

#### Halle, 30. April.

Angeboten: Der Gesellschafter Karl Kapper und Emma Raundorf (Wedelstraße 26 und Albinstraße 15), der Schriftführer Karl Raumbach und Pauline Stahl (Zwingstraße 19). Der Arbeiter Albert Brängel und Anna Lornow (Stadthaus u. Halle). Der Handarbeiter Karl Beschert und Emma Stähler (Giebichstein). Der Schumacher Carl Bender und Emilie Müller (Graben und Halle).

Geboren: Dem Maurer Gustav Dreßler ein S., Franz Emil (Friedrichstraße 4). Dem Gärtner Richard Röber eine F., Alice Antonie (Ludwigstraße 11). Dem verstorb. Maurer Franz Westerkampfen ein S., Heinrich Franz (Thorstraße 23). Dem Ingenieur Gustav Ungnade ein S., Johannes Carl Ernst (Bernburgerstraße 24). Dem Keramiker Wilhelm Schürst ein S., Willy Max (Grünstraße 1). Dem Handarbeiter Robert Freitag ein S., Carl Robert August Franz (Königsstraße 3). Dem Vater August Schumann ein S., Otto (Hatz 37). Dem Kaufmann Moritz Hering eine F., Karoline Marie Charlotte (Leffingstraße 33). Dem Maurer Wilhelm Pabel ein S., Friedrich Wilhelm (Georgstraße 2). Dem Versicherungsbeamten Carl Söllinger ein S., Friedrich Wilhelm Carl (Donnstraße 10).

Gestorben: Des Kaufmann Reinhold Gehardt S. Erich, 1 M. (Raußstraße 21). Des Uhrmachers Gottlieb Schwarz Ehefrau Helene geb. Knebel, 42 J. (Kriml). Des Handarbeiters Wilhelm Glöckner F. Alma, 1 J. (Blümenstraße 1a). Die Witwe Emma Berger geb. Weber, 50 J. (Wormitzstraße 38). Des Drechlers Emil Rindler F. Ludwig (Unterberg 10). Des Bierarbeiters Paul Heinrich S. Bruno, 9 J. (Saalberg 5/6). Des Eisenbahn-Stations-Assistent Hermann Rutz F. Lucie, 2 J. (Charlottenstraße 21).

#### Schkeuditz.

Den Arbeitern sind hier folgende Lokalitäten zu empfehlen: Restaurant zum Bürgergarten, Schkeuditz, Saal 250 Personen fassend. Gasthof zu Bilitz, Saal 600 Personen fassend. Restaurant Eichmüller, Schkeuditz, Hallstraße. Restaurant Max Wenzel, Schkeuditz, Weibergstraße.

**Kleiderstoffe, Konfektion, in großer Auswahl Brummer 23.**  
**Leinenwaren, Korsetts. zu sehr billigen Grosse**  
**Fertige Wäsche für Damen, Herren und Kinder, Erstlings- Ulrichstr.**  
**Ausstattungen festesten Preisen. Benjamin 23.**

# Satin-Blusen 1.25—6 Mark.

Stets 60 Dutzend vorrätig. — Grossartigstes Mustersortiment.

Zentral-Kranken-Unterstützungs- und Sterbe-Kasse  
der deutschen Schmiede.

Sonntag den 2. Mai abends 8 Uhr in Faulmanns Restaurant

## Versammlung.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Die Ortsverwaltung. [1169]

Verein der Maurerarbeitende von Halle u. Umgegend.

Sonntag den 3. Mai im Saale der „Moritzburg“

## Maifeier

bestehend in **Abendunterhaltung** und **Kränzchen.**  
Es ladet ergebenst ein Das Festkomitee.

## Achtung Schneider!

Die Schneider versammeln sich Sonntag den 3. Mai früh in **Tschepkes Restaurant** (Martinsberg 5). Von dort **Abmarsch präzis 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.**

Die Vertrauensmänner.

Verein der Modelltischler und Holzarbeiter zu Halle a. S. und Umgegend.

Versammlungsort am Sonntag den 3. Mai früh 6 $\frac{1}{2}$  Uhr im Vereinslokal „Nichtamt“. Der Vorstand.

## Achtung Maurer!

Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung im „Rosenthal“ erjuchen wir alle Kollegen Sonntag den 3. Mai an dem

## Musflug nach der Heide

teilzunehmen und pünktlich früh 1 $\frac{1}{2}$  Uhr sich in der „Moritzburg“, Harz 48b, einzufinden zu wollen.

Das Komitee.

Zentral-Kranken-Kasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der nächste Bahntag nicht Sonntag den 3. Mai, sondern

Sonntag den 2. Mai abends von 7—9 Uhr

stattfindet. Das Krankengeld wird dann ebenfalls ausgezahlt.  
Die örtliche Verwaltung. [1142]

## An die Arbeiterschaft von Schmieditz und Umgegend.

Alle zielbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen werden hierdurch aufgefordert, sich an unserer

Sonntag den 3. Mai stattfindenden

## Maifeier

recht zahlreich zu beteiligen.

Programm:

Früh 5 Uhr **Ausflug** (Liebenau, Walsau, Wehlitz). Sammelort: Restaurant „Bürgergarten“. — Nachmittags 4 Uhr **Vortrag**: „Die Bedeutung des achtstündigen Arbeitstages“ im Restaurant „Bürgergarten“. — Abends von 7 Uhr an **Ball**.  
Der Vorstand des Arbeitervereins.

## Querfurt. Arbeiter-Verein „Vorwärts“.

Zur Maifeier von abends 7 Uhr ab im „Gasthof zum Kronprinzen“

## Konzert und Ball.

[1162]

Das Festkomitee.

L. Brüggemann fr. Ed. Zschäge

Halle a. S., Schmeerstrasse 21

größtes Schuhwarenlager am Platz

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in allen Sorten

Herren-, Damen- und Kinderschuh  
in nur guter Ware zu den billigsten Preisen.

Reaktion von Ewald Ringsdorf; Verlag von Aug. G. o. H.; Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. u. S. G.), sämtlich in Halle a. S. Stern 1. Verlage.

# Ph. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

Verein zur Wahrung der Interessen der Schlosser, Dreher und Berufsgenossen.

Die Bibliothek ist wegen der am Sonntag stattfindenden Maifeier am Sonntag den 2. Mai abends von 8—10 Uhr geöffnet. Der Bibliothekar: Udermann.

## Kinderwagendecken

in überraschend großer Auswahl zu noch nie dagewesenen billigen Preisen.

Gardinen- & Eleganzkauf,

Meter 40, 50, 60, 75 Pf., sonst das Doppelte.

Gustav Blochert, Rannischestr. 3.

## C. Leonhardt, früher M. Fuchs,

Halle a. S., Geiststraße 70

erlaubt sich hiermit auf sein reichhaltiges Lager selbstgefertigter Damen- und Kinderkleider, sowie Kleiderstoffe, Schürzen, Mosen und Unterröcke, Korsetts und Strümpfe in größter Auswahl bei billiger Preisstellung aufmerksam zu machen.

Sämtliche Artikel werden nach Maß und Auswahl vom Stück gut sitzend und schnellstens angefertigt. [1182]

## Wichtig für jedermann!

Wegen Aufgabe einer Kleiderfabrik kommen hier im Laden

## große Klausstraße 1

vis-à-vis der „Stadt Zürich“

folgende Waren zum Verkauf:

ca. 25 000 Stück elegante Rock- und Jackett-Anzüge,  
ca. 3000 Paar elegante Buckskin- u. Sammgarnhosen,  
ca. 1800 Burschen- und Knaben-Anzüge,  
einzelne Jacketts und Westen **spottbillig**.  
Sommer-Paletots von 9 Mk. an.

Ganz besonderer Gelegenheitskauf  
6000 Paar echte Hamburger Lederhosen mit Lederbesatz und Ledertaschen à Paar **4.25 Mk.**

Sämtl. Arbeitsachen halb umsonst.

Der Verkauf findet nur statt vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—7 Uhr im Laden

große Klausstraße 1 gegenüber „Stadt Zürich“.

Auch Sonntags geöffnet.

Kinderwagen, Reisekörbe,

sowie alle anderen Kurzwaren empfiehlt zu billigsten Preisen

W. Leopold, Mauergasse 4.

Größte Auswahl. Größte Reinwahl.

Friedr. Köhler  
Steinweg und Lindenstrassen-Gde empfiehlt allen Freunden und Genossen sein  
Tabak-, Zigarren- und Zigarrettenlager.

Herren-Hüte mit Kontrollmarke, sowie selbstgefertigte Hüte empfiehlt wie bekannt zu billigsten Preisen

H. Baumann, Geiststraße 73 an der Promenade. Kein Laden, darum bedeutend billiger.

Theodor v. Knoblauchs Sarg- und Möbel-Lager, Leipzigerstr. 3 und gr. Brunnenstr. vis-à-vis dem Schulgenant empfiehlt bei vorzunehmendem Bedarf sein großes Lager  
eichener und Kiefern Bretter- und Bohlen-  
Särge,  
sowie fertige Möbel.

Auch ein Beitrag zur Frage der internationalen Abrüstung.

Die Militärbudgets aller Staaten sind in unauflöslichem Wachstum begriffen. Jede Legislaturperiode fordert eine Steigerung der Opfer, die die Nationen an Gut und Blut dem Militarismus darzubringen haben. Schier unerschwinglich werden die Abgaben, die die Heere erfordern, und immer schwerer drückt die Last der Dienstleistung auf die wehrfähigen Teile des Volkes. Was aber das Schlimmste ist: auch in weiter Ferne ist kein Anzeichen einer Besserung zu erblicken. Jeder Staat sühlt sich durch den einen oder den anderen Nachbar bedroht und rüstet aus Lebenslust, um sich eines Angriffes wirksam erwehren zu können. Sozjagen täglich werden neue Erfindungen auf dem Gebiete der Waffentechnik gemacht, werden Vervollkommnungen der Mordmaschinen vorgenommen, die immer neue Kräfteanstrengungen im Gefolge haben. Wo wir, wenn wir im gleichen Tempo fortfahren, zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts uns befinden werden, das vermögen wir nur mit einiger Beklemmung zu fragen. Und wenn wir noch in Erwägung ziehen, daß eines Tages die gewaltigen Kriegsheere, die Europa in den letzten zwei Jahrzehnten geschaffen hat, gegen einander losgelassen werden, so kann man nur mit schwerer Sorge der Zukunft entgegengehen.

Da ist es kein Wunder, daß immer wieder der Ruf nach einer internationalen Abrüstung ertönt. Ja, es ist vielmehr auffallend, daß die Stimmen zu ihren Gunsten sich nicht noch kräftiger und anhaltender vernehmen lassen. Die große Mehrzahl der einzelnen Individuen empfindet doch die Schwere der Lage; wenn sie sich nicht zu einem energischen Widerstande aufruft, so liegt das daran, daß die Anschauungen des Militarismus vielfach auch in den bürgerlichen Kreisen herrschend geworden sind. Man wendet denjenigen, die für eine Entlastung der Militärlasten eintreten, ein, daß die „Friedensfrage“ anderer Ansicht ist; für viele ist es damit selbstverständlich, daß sie jeden ernstlichen Widerstand beiseite lassen und sich auf die Ausrüstung wohlfeiler platonischer Wünsche beschränken. Um so erfreulicher ist es, wenn ein hoher Offizier den Beweis liefert, daß auch in militärischen Kreisen die Anhänger einer gefunden Ansehung sich Gehör zu verschaffen wissen.

Ein früherer österreichischer General veröffentlicht im „Westen Lloyd“ einen Artikel, der sich mit dieser Angelegenheit sehr eingehend beschäftigt. Der Verfasser zeichnet sich vor den meisten seiner Berufsgenossen dadurch aus, daß er sich über das Niveau der in seinen Kreisen gangbaren Anschauungen hoch erhebt. Er fragt nicht nur nach seiner Pflicht als Kriegsmann, er würdigt vielmehr auch die andern auf die Entwicklung des Staates wirkenden Faktoren. Nicht durch die Brille des einseitigen Fachmanns schaut er, sondern mit dem freien Blicke des Mannes, der alle Erscheinungen erwägt und allen Interessen einigermassen gerecht zu werden sucht.

Der Gedächtnisrede des Westers Blattes wies sich nicht in utopischen Träumen, schaut die Dinge vielmehr recht kalt und nüchtern an. Er glaubt nicht an den ewigen Frieden, glaubt vielmehr aus der Geschichte die menschliche Unverträglichkeit dozieren zu können. Wie stellt er sich dazu, daß das Christentum, obwohl es die Religion der Liebe ist, doch den Weltfrieden nicht zu bringen vermochte, vielmehr selbst Anlaß zu Kriegen gab; er konstatiert ferner, daß auch Kultur und Zivilisation den Völkern nicht zu bejähren vermochten. Er geht auf die politischen Ursachen des heutigen „bewaffneten Friedens“, insbesondere auf die Siege Deutschlands zurück, die das Nachbargefühl Frankreichs und den Reiz des durch den Berliner Vertrag nicht befriedigten Aufstands erzeugten. Dieses feindselige Verhältnis führte wieder zur Bildung der Friedensliga, deren Kern Deutschland bildet, und die sich ihrerseits auf den Grundlaß stützt, nur durch die Vermehrung der Wehrkräfte könne der Friede erhalten werden. Der Verfasser kommt zu dem Resultat: „So ist man heutzutage zu dem verblüffenden Resultate gelangt, daß die Großstaaten Europas im Falle eines allgemeinen Krieges ungefähr fünfzehn Millionen Soldaten, die Hälfte der männlichen Bevölkerung, vorzugsweise ausgerüstet und bewaffnet aufstellen könnten, von welchen mindestens zehn Millionen ins Feld ziehen würden. Ein solcher Krieg mit den Millionen-Heeren würde Dimensionen annehmen und Erscheinungen zu tage fördern, von welchen sich selbst der erfahrenste Kriegsmann keine richtige Vorstellung zu machen im Stande wäre. Es fragt sich dann, wie diese ungeheuren Heeresmassen zu bewegen, zu lagern, zu verpflegen, im Kampfe zu leiten, mit den notwendigen Reserveanhalten, Magazinen, Spitälern etc. zu versehen sein werden. Schon die Mobilisierung wird die gesellschaftliche Ordnung bis auf den Grund aufzuheben, Handel und

Wandel aus den Fugen heben. Der Verkauf, die Dauer und die Folgen eines solchen Waffenkrieges sind ganz unberechenbar, denn es stellt darüber jede Erfahrung.“

Nach Ansicht des Generals, der diese unerfreuliche, aber sicher nicht übertriebene Perspektive eröffnet, ist Europa durch den Sieg der preussisch-deutschen Waffen verführt worden, die Konsequenzen des Militarismus auf die Spitze zu treiben. Die kolossalen Rüstungen würden aber entweder zu einem Weltkriege führen, gegen den jedes bisherige Ringen der Völker ein Kinderpiel sein würde und der ungeheure und unberechenbare materielle und moralische Schäden im Gefolge haben müßte, oder sie würden eine Art bewaffneten ewigen Friedens bringen, der einerseits das Mark der Völker verzehren, andererseits ihre Erschlaffung bewirken müßte. Das einzige Mittel, um aus diesem Dilemma zu kommen, glaubt er in dem „System des zweiten Mannes“ erblickt zu haben. Es wäre nämlich von je zwei wehrpflichtigen Männern nur der eine wirklich dem Wehrdienste zu unterziehen, während der andere von letzterem befreit bliebe. Nach Einberufung sämtlicher Wehrpflichtigen eines Jahrganges und nach Ausschreibung der „Kriegsuntauglichen“, wäre durch das Los in einer je zwei Mannesmäßig ausschließenden Weise von je zwei Männern jener zu bestimmen, welcher den Wehrdienst abzuliefern hat, während der andere entlassen wird. Die Friedensstärke und das Berufslokalentum (Offizierkorps u. s. w.) sollte intakt bleiben, dagegen würden durch die im Kriege strenge durchgeführte Auslösung des zweiten Mannes die Millionenheere wieder auf einen verhältnismäßig erträglichen Maßstab herabgesetzt. Zur Durchführung des Ganzen — heißt es — gehöre nur der gute Wille und der feste Entschluß.

Als ein interessanter Beitrag zu den verschiedenartigen Vorschlägen, die gemacht worden sind, um auf eine Lösung der Frage des Militarismus hinzuwirken, mag auch diese Idee betrachtet werden. Praktisch würden sich ihr indes große Schwierigkeiten entgegenstellen. Sie würde zunächst als Voraussetzung die Genehmigung aller in Betracht kommenden Militärmächte bedürfen. Ist diese aber einmal vorhanden, so ließe sich ja auch gerade so gut jede andere Vereinbarung treffen, wie z. B. eine solche, die dem Weltkampf in der Erfindung und Einführung neuer Wordwaffen eine Ende macht. Festhalten, weil undurchführbar, aber scheint uns an dem Vorschlage gerade das zu sein, daß er die Friedensstärke der Staaten unangestastet lassen und nur ihre Wehrkraft im Kriege gleichmäßig vermindern will. Sollte es aber möglich sein, einen solchen Grundgesetz aufrecht zu erhalten, wenn beispielsweise ein Volk aus seine Kriegszug zu rufen hätte? Wird dieses trotz aller Verträge nicht alle Kräfteanstrengungen machen und den letzten Mann aufbieten, um des Gegners Herr zu werden?

Der Verfasser will an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht, ohne daß er sich offen dazu bekemmt, das Berufslokalentum setzen. Das ist ein verkehrter Weg; wir halten eine Besserung nur für möglich, wenn bei kürzester Dienstzeit die allgemeine Wehrpflicht möglichst durchgeführt wird. Je strenger diese Allgemeinheit ist, um so sicherer ist die Gewähr, daß Kriege vermieden werden, um so denkbare die Möglichkeit, daß sich einmal in Zukunft der Zustand eines gefunden, dauernden Friedens erreichen lasse. Der gutgemeinte Vorschlag des österreichischen Generals würde die Katastrophe nur aufschieben, vielleicht auch abschwächen, nicht aber sie verhindern. (Frankf. Ztg.)

Die materialistische Geschichtsauffassung.

Ueber dieses Thema hielt Genosse Reus aus Berlin kürzlich in einer öffentlichen Versammlung der Schlosser, Dreher und Berufsgenossen einen Vortrag, über den wir bereits kurz berichtet. Bei dem allgemeinen Interesse, welches das Thema beansprucht, wollen wir im folgenden die Ausführungen des Referenten etwas ausführlicher nachträglich wiedergeben:

Reus begann damit, daß er anführte, die Sozialdemokratie habe eine Anzahl Grundgedanken, die einerseits so überraschend anstößend, und andererseits auf die Gegner so befriedigend wirkten, daß es eine wahre Freude sei, das zu beobachten. Eine solche anstößende und befriedigende Wahrheit sei z. B. die: Strebt nach der Macht, so bekommt ihr auch das Recht. Es mag eine schöne Wahrheit sein, daß nicht die Barmherzigkeit und die Gerechtigkeit das Recht bestimmen, sondern daß die Macht der entscheidende Faktor ist, aber Wahrheit ist Wahrheit, der entscheidende Faktor ist, aber Wahrheit ist Wahrheit, allen ihren Reizen schone, aber jedenfalls mit den Thatfachen übereinstimmende Wahrheit sei der Begriff der materialistischen Geschichtsauffassung. Um zu zeigen, was die Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung seien, wies der Referent zunächst hin auf das Gegenteil. Wer in ein beliebiges Volk der Geschichte der heutigen Schule blicke, der finde vor allem darin viel von Königen, Feldherren und sonstigen großen Männern gesprochen, man stelle die Sache so

dar, als sei die ganze Geschichte das Werk von ein paar großen Männern. Die Geschichtsauffassung der großen Weltanschauer, die sich von der allergrößten Bedeutung für die Entwicklung der Menschheit als die Entwicklung der Gedanken der wenigen abhängig machen. Danach aber wäre die ganze Geschichte ein reines Puppenspiel, eine Ansetzung, die sich durchaus nicht mit der Anschauung der modernen Wissenschaft vertrage, welche jede einzelne Erscheinung nur als das Ergebnis aller vorhergehenden Ursachen zu betrachten sich genötigt sehe. Wollte man wirklich wesentliche Ursachen herausheben, so seien ganz andere als die persönlichen, nämlich die materiellen und wirtschaftlichen Verhältnisse, von Bedeutung. Die Art und Weise, wie die Menschen und die menschliche Gesellschaft zu Brot kummen, sei von der allergrößten Bedeutung für die Richtung ihrer Gedanken und Gefühle. Alle politischen Institutionen hätten ihre Wurzel zu gutem Teil in wirtschaftlichen Verhältnissen. Weil nun aber die letzteren sich ändern, so ist hieraus auch erklärlich, warum die politischen Institutionen und die sittlichen und geistigen Begriffe sich beständig ändern müßten. Man spreche merkwürdigerweise z. B. von dem Königtum als einer ewigen Institution. Aber es habe ja doch eine Zeit gegeben, wo die Germanen ganz demotisch lebten und nur für die Kriegszeit einen Speerführer wählten, der nach Beendigung des Krieges sein Amt niederlegte. Das Emporkommen des bürgerlichen Aristokratums im 8. Jahrhundert ist aber dem Einfluß der altgermanischen Kultur auf die jungen germanischen Völker zu verdanken gewesen, die eines Mittelalters bedürftig hätte, um zur Herrschaft zu gelangen. Inzwischen seien durch den Ausbau dieser Kultur im einzelnen die Territorialfürsten zur Macht gelangt und die kaiserliche Macht gesunken. Einen interessanten Beleg für die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse, den Einfluß der wirtschaftlichen Interessengruppen, bilde dann ferner die Betrachtung des Bestandes der Reformations. Die Städte hatten damals durch die Blüte von Handel und Gewerbe sich entwickelt, das Bürgertum schufte seine Macht und machte dieselbe gern dem Adel gegenüber, der von seinen Burgen herab seinen Handel führte, zu fühlen geben. Die getrennten Städte aber waren einzelnen Bauern gegenüber zu schwach, darum strebten sie nach einer Zentralmacht und diese fand zunächst, so wie für die heutige Bourgeoisie im „nationalen“ Reich, damals in den mächtigeren Territorialfürsten. Später entwickelte sich daraus das absolute Königtum, denn als die Fürsten und Könige durch die Städte hochgehoben waren, da wollten sie selbständig sein, und nicht nur die Adligen, sondern auch die Städte unterwerfen. Längere Zeit gelang ihnen dies. Als dann aber die Arbeiterklasse durch die Entwicklung des Kapitalismus mehr und mehr zur Macht gelangte, da traten Königtum und Adel auf der einen und die Bourgeoisie auf der andern Seite in Gegensatz. Die französische Revolution und die ihr folgenden revolutionären Bewegungen brachten der, die wirtschaftliche Macht tatsächlich besitzen Bourgeoisie den Sieg. In Deutschland konnte der Sieg 1848 noch kein vollständiger sein, weil die Feudalen im Bunde mit dem Königtum noch zu mächtig waren und weil andererseits die schon drohende, neu emporkommende Macht der Arbeiterklasse die Diktatur der Bourgeoisie lähmte. Seit Mitte unseres Jahrhunderts freibt nun die Arbeiterklasse gewaltig vorwärts, weil eben die wirtschaftliche Macht der Arbeiter ihre Macht begründet. Die Konzentration der Arbeiter in den mächtigen Großbetrieben, die Eisenbahnen und die Zeitungen sind die wirtschaftlichen Ursachen, für die daraus hervorgehende Einheit, das Klassenbewußtsein der Arbeiter, welches ein einheitliches Handeln möglich macht.

So lehre uns also die materialistische Geschichtsauffassung mit freudiger Zuversicht und Siegesgewißheit für unsere Sache einzutreten, denn die Macht wache uns in die Finger und damit auch das Recht und wir könnten diesen Kampf um die Macht auch mit gutem Gewissen führen, weil unser Ziel nichts anderes sei als die gleiche Macht und damit das gleiche Recht für alle.

Referent ging nun über zur näheren Ausführung eines besonderen Teiles der materialistischen Geschichtsauffassung, die dahin ginge, daß die materielle Wohlkonzeption der Arbeiter in den mächtigen Großbetrieben, die Eisenbahnen und die Zeitungen sind die wirtschaftlichen Ursachen, für die daraus hervorgehende Einheit, das Klassenbewußtsein der Arbeiter, welches ein einheitliches Handeln möglich macht. So lehre uns also die materialistische Geschichtsauffassung mit freudiger Zuversicht und Siegesgewißheit für unsere Sache einzutreten, denn die Macht wache uns in die Finger und damit auch das Recht und wir könnten diesen Kampf um die Macht auch mit gutem Gewissen führen, weil unser Ziel nichts anderes sei als die gleiche Macht und damit das gleiche Recht für alle. Referent ging nun über zur näheren Ausführung eines besonderen Teiles der materialistischen Geschichtsauffassung, die dahin ginge, daß die materielle Wohlkonzeption der Arbeiter in den mächtigen Großbetrieben, die Eisenbahnen und die Zeitungen sind die wirtschaftlichen Ursachen, für die daraus hervorgehende Einheit, das Klassenbewußtsein der Arbeiter, welches ein einheitliches Handeln möglich macht.

Referent gab dann noch eine längere Ausführung über die Wirkung der Einseitigkeit des Reichthums nach. Soziale, Dürftel und Einbildung erzeugen. Nach Aufhebung des Gegensatzes von Reich und Arm werde jeder unter die Fucht der Gesamtheit treten, während heute der Reichthum das Reich der Armen rückwärts ignorieren könne. So sei also nur der der Armut gegenüberstehende einseitige Reichthum die Quelle aller der heutigen Reichen anstößenden moralischen Gebrechen, weshalb denn auch die Bekämpfung des Reichthums überhaupt und die Obdenkung meist heuchlerische Anpreisung der Armut seitens des Christentums und ähnlicher Weltanschauungen gründlich verteidigt sei. Der Reichthum, nicht die Armut sei die Schuld-

hüte... arde... Mägen... treffen... menad... iliger... IS... ger... tter... etlage.

lage aller Kultur, aber freilich sollte es ein allen nach gleichem Rechte zugängliches Recht sein. Somit zeige sich also allemal haben, wie sehr recht die Sozialdemokratie habe, wenn sie immer und immer wieder auf den materiellen Kampf das Hauptgewicht lege. Die wirtschaftliche Revolution der Ueberführung des Privateigentums in Gemeineigentum werde für alle die gleiche Frucht und damit auch das gleiche Recht bringen. Die wirtschaftliche Entwicklung vollziehe aber von selber diese Revolution, darum dürften wir fleißig bei der Zukunft entgegenzusehen, was uns umsonst mit Eifer für unsere Sache erfüllen werde.

### Gerichtsverhandlungen.

#### Landgericht vom 27. April.

Aus der Gast vorgeführt wurden die zu einer jugendlichen Diebstahlsgeheuer gehörigen Arbeiter: der 20jährige Heinrich Wolf aus Giebichenstein, der 16jährige Werner Klaus aus Kraus bei Magdeburg und der 18jährige Karl Thieme aus Halle, sämtlich vorkraftlos. Dieselben waren am 24. Februar nach einer gemeinschaftlichen Verabredung, Wolf und Klaus in den Situationskeller des Kaufmanns Lange in der Charlottenstraße eingedrungen, um die Ladentische des letzteren zu stehlen, Thieme hatte vor der Thür Wache gehalten. Der Diebstahl gelangte jedoch nicht zur vollständigen Ausführung, denn die zwei Angeklagten wurden von der Tochter des Kaufmanns Lange, welche zufällig mit dem Lichte noch im Laden etwas zu thun hatte, erwischt. Durch einen Willkürspruch des Saalenschen Richters der mochte stehende Thiere und auch mehreren Nachbarn des Hauses herbei. Die drei Diebe wurden dingfest gemacht und der Polizei überliefert. Die Angeklagten waren bei der Verhandlung insgesamt geständig und bewiesen ein ziemlich freches Betragen. Der Staatsanwalt erklärte die Angeklagten des schweren Diebstahls für schuldig und beantragte gegen Wolf 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, gegen Thieme 1 1/2 Jahr Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, gegen Klaus 1 Jahr Zuchthaus. Der Gerichtshof verurteilte Thieme zu 1 Jahr, Wolf und Klaus zu je 6 Monaten Gefängnis. Von Zuchthaus und Nebenstrafen war wegen des jugendlichen Alters der Angeklagten Abstand genommen.

#### 30. April.

Gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis, welches den wegen Körperverletzung angeklagten Former Ernst Renner von hier zu 2 Wochen Gefängnis verurteilte, hatte derselbe Berufung eingelegt. Der Gerichtshof erkannte unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils auf 30 M. Geldstrafe eont. 5 Tage Gefängnis. Außerdem wurden dem Angeklagten die Gerichtskosten seiner Anklage auferlegt. Wegen einer Unterlassung von 15 Pfennigen war die 20jährige Dienstmagd Luise Böttger aus Mansfeld vom Schöffengericht baselbst zu 3 M. Geldstrafe eont. 1 Tag Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte war von der Frau Kellermann in Mansfeld, bei welcher die erste im Dienst stand, zu dem Fleischer Grosse baselbst geschickt worden, um 1/2 Pfund Fleisch zu holen. Die Böttger sollte nach der Angabe der Frau Kellermann nur 1/2 Pfund Fleisch gebracht und die dabei in Betracht kommenden 16 Pfennige für sich verwandt haben. Die Dienstmagd Böttger verwarfte sich entgegen dem dargelegten. Der Gerichtshof konnte auch auf die ziemlich konfuse Aussage der Frau Kellermann kein Gewicht legen, insofern dieselbe die von der Angeklagten eingelegte Behauptung anerkannt und dieselbe vollkommen freigesprochen. Der frühere Gerichtspräsident von hier, jetzige 44jährige Kontorist Wilhelm Kempen aus Braunschweig und die 39jährige Frieda Kage geb. Eicholz aus Halberstadt waren des Vergehens gegen § 180 des R.-G.-O.-B. (gewohnheitsmäßige Vermittlung, Gewöhnung oder Beförderung von Gelegenheiten zur Unzucht und Ruffel) angeklagt. Beide Angeklagte sollen im Jahre 1889 und 1890 gemeinschaftlich in dem Restaurant der Frau Kage in der Krausenstraße hier in recht auffälliger Weise den prostituierten Damen mit ihrem Anhängern in ihrem unzüchtlichen Handwerk

billige Dienste geleistet haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und mußte wegen nicht genügender Anzahl von Zeugen vertagt werden. — Wegen Pferde-diebstahls war der 33jährige wiesbadener Arbeiter Paul Reinhold aus Giebichen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Derselbe hatte im vorigen Jahre am 20. September auf des Gläubigers Wiese zum Schwanthaler gemeinlich mit einem unbekanntem Dieber, dem Schultheißen Otto Zäpfer, welcher 2 Pferde für einen Händler führte, aus derselben unter der stilligen Hülfsleistung, er wolle dem Zäpfer 3 M. Handgeld dafür geben, entwendet, Reinhold und der unbekanntem Dieber machten sich mit dem Pferde nach Giebichen zu aus dem Staube, auch der Schultheißen Zäpfer band das andere Pferd an einen Baum und eilte den Dieben in der Absicht nach, um jedenfalls die ihm versprochenen 3 M. in Empfang zu nehmen. Untermweg hatten Reinhold und der Dieber das Pferd abgedroschelt geritten und einigen ihnen begegnende Personen zum Kauf angeboten. In Giebichen angekommen, besaßen sich die 3 Personen nach dem dortigen Hochschlichter Böttig, um ihre Beute zu veräußern. Als aber die eben Genannten beim besten Handeln waren, denn Reinhold verurteilt für das Pferd erst 100 M., er ging aber nachher herunter bis auf 80 M., als der Hochschlichter nach dem Eigentümer des Pferdes frug, da plötzlich erschien der Polizeisergeant Köhler in Begleitung des Eigentümers und mehreren Jägern. Der unbekanntem Dieber entfloß sofort, ist auch bis jetzt noch nicht festgenommen worden. Reinhold und der Schultheißen Zäpfer wurden verhaftet. Bei der erstinstanzlichen sowie auch bei der heutigen Verhandlung legte sich der Angeklagte Reinhold auf das Beugnen und suchte alle Schuld dem unbekanntem Dieber aufzubürden. Er gab an, in dem guten Glauben gewesen zu sein, daß das betreffende Pferd seinem Kumpen dem Dieber, gehörte. Jedoch wurden dem Angeklagten diese Aussagen vom Zeugen Zäpfer widerlegt. Der Gerichtshof verwarf die von Reinhold eingelegte Berufung und legte demselben die Kosten beider Instanzen an. In ziemlich frecher Weise vertief Angeklagter den Gerichtssaal.

Braunschweig, 30. April. Das Schwurgericht verurteilte heute nach vierstündiger Verhandlung einen Soldaten des 92. Regiments (Offiziersburschen), welcher durch zwölf Brandstiftungen Braunschweig eine Zeit lang in Schreden versetzt hatte, zu zwölfjähriger Zuchthausstrafe.

### Sum Bergarbeiterstreik.

— Aus Bochum wird gemeldet, daß der Streik in entgegengesetzter Richtung begriffen ist. Es liegen folgende telegraphische Nachrichten vor:  
Bochum, 30. April. Streikende Bergleute, die wieder arbeiten wollen, werden von den Heden zurückgewiesen, da die Frist der Annahme abgelaufen ist. Der Bochumer Verein scheidet Fabrikarbeiter, die früher Bergleute gewesen sind, auf seine Heden zur Kohlenförderung. Verschiedene Werke müssen wegen Kohlenmangels den Betrieb einstellen.  
Essen a. d. Ruhr, 30. April. Die Zahl der Streikenden hat sich heute morgen auf etwa 3000 Mann vermindert.  
Bochum, 30. April. Der Vorstand des Knappschaftsvereins verhandelt an die Zeitungen eine Notiz, laut welcher die im Besonderen erwähnten Bergarbeiter ihre Zustimmung dazu gegeben haben, daß die Bergarbeiten des Berg-einheitsrats, welche die willkürliche Feiern mit Verlust der Mitgliedschaft bedrohen, gegen die jetzt Streikenden zur Anwendung kommen.  
Eisenhütten, 30. April. 8 Uhr abends. Hier wurde abends 7 Uhr Reaktor Sämanns Haus (Bergarbeiter-Zeitung) verhaftet. Die Zeche „Eierleg“ bei Niedersiefen hat heute die Arbeit niedergelegt. Nach einer brieflich beim Bergbauamt eingegangenen Meldung ist im französischen Departement Pas de Calais gestern ein Streik ausgebrochen. Morgen werde in ganz Frankreich die Arbeit niedergelegt.

Nach einer Brieflicher Meldung werden in Belgien morgen 18000 Mann Streiken.  
Wattenischeld, 30. April. Die hiesigen Belegschaften beschlossen, morgen bedingungslos wieder anzufahren. Die Anzahl der im hiesigen Bezirk kraftweise entlassenen Bergarbeiter dürfte etwa zweihundert betragen.  
Eisen, 30. April. Heute waren nach der Befehlshaber von 31 Heden 11080 Mann auswärts. Der Streik hat sich nicht weiter ausgedehnt. Auf jein Heden ist derselbe beendet.  
Bochum, 30. April. Der Streik hat im Erzstift. Auf den Heden „Pantant“, „Dannenbaum“ und „Rolonie“ sind die Arbeiter heute vollständig, auf „Prinz von Preußen“ teilweise angefahren. Es herrscht eine harte Erregung gegen die Führer. Einige derselben wurden von den Frauen der Bergarbeiter mit Mißhandlungen bedroht.  
Bochum, 30. April. 52 bereitete Gewerben sind zum Schuge der Bergleute, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollen, heute eingetroffen.  
Eisen, 30. April. Nach der „Volks-Zeitung“ wurde auf einer Privatstange in Hohenbach (Kreis Saarlouis) der Berg-treuwannmann des Reichstagsvereins fortgesetzt Berg-leigungen sofort entlassen. — Im ganzen Saargebiet ist alles ruhig.  
Eisenhütten, 30. April. Zahlreiche Auswändige, die zur Arbeit zurückkehren wollten, wurden auch heute zurück-gehalten. Das Ende des Streiks dürfte unmittelbar bevor- stehen. Wie es scheint, werde viele Auswändige definitiv ent-lassen. Im ganzen Revier herrscht die größte Ruhe. Die streikenden Kohlenräder der Rolonie Krupp „Dannweiler“ müssen dieselbe binnen 48 Stunden verlassen, Familienmitglieder am 1. November.

### Bermittlichtes.

\* Von brutalen Auswärtigen einer Anzahl Militärpersonen berichten die Berliner Wätter wie folgt: Eine förmliche Schlacht haben in voriger Woche eines Abends mehrere zum Artilleriedepot in Spandau kommandierte Feldartilleristen geliefert. Ohne ernstlichen Grund überfielen die infolge starken Gemüths-geistesiger Getränke erregten Soldaten auf dem Hasen-platz die harmlos ihres Weges gehenden Zivilpersonen mit blanker Waffe. Sie schlugen mit den Schlep-pfädeln erdbarmlos auf das Publikum ein, und der ganze Stadteil erhalte fürchtbar von den anzüglichen Hülsern der Mißhandlungen und der Bedrohungen. Niemand wagte es, sich den Rasenden entgegenzustellen. Wer es noch unternahm, sich zur Wehr zu setzen, wurde zu Boden geschlagen und mit den Stiefelabsätzen entsehidlich zugerichtet. Wie groß die Zahl der Miß-handlungen ist, weiß man nicht; mindestens sind es aber zwanzig Personen, welche mehr oder minder verletzt worden sind. Erst in späterer Stunde — die Wütenden hatten sich, nachdem sie jebermann, den sie auf ihrem Wege trafen, entweder überfallen oder auf schelmigen Flucht genötigt, in ein Schanklokal begeben — wurden sie von einer inzwischen requirierten Mili-tärpatrouille aufgebrochen. Aber mit gezeigtem Säbel bahnten sich die Rasenden den Weg durch die zu ihrer Verhaftung abgeleiteten Soldaten und die angesammelte Menge: nach heftiger Gegenwehr wurde nur der Eine dingfest gemacht. Die anderen Uebelthäter sind am nächsten Tage verhaftet worden. Vor dem Militär-gericht wird jetzt die Untersuchung geführt.

**Schumanns Restaurant**  
Streiberstraße 11.  
heute Sonnabend  
**Fökelknochen mit Sauerkohlst**  
und humorist. Unterhaltung.  
Besitzt 1st auch ein Vereinszimmer, ca. 30  
Personen fassend, zu vergeben. [1178]

**Zabels Restaurant.**  
heute Sonnabend  
hansschlacht. Fökelknochen,  
Sauerkohl und Meerrettig.  
Geldwurst, gut geruchert, à Pfd. 1 Mt.  
Not u. Leberwurst, à Pfd. 70 Pf.  
[1181] **Albert Zabel.**

**Eblings Restaurant**  
Zwingerstrasse 21.  
empfeilt fräftigen Mittagstisch.  
[1108] Fr. Legerstr. à Glas 10 Pf.

**Restaurant Helgoland,**  
[1166] gr. Steinstr. 22.  
Vereinszimmer und Saal frei.

**Kinderwagen**  
in allen Preisen in nur guter Ausfüh.  
Größte Auswahl an Pläge.  
**Handkörbe**  
passend für Ausflüge, sowie  
**alle Korbwaren**  
in größter Auswahl zu außerordentlich  
billigen Preisen empfiehlt  
**Albert Schmidt,**  
Korbmacher, [1178]  
Steintheor 3.

heute Sonnabend  
**Schlachtst.**  
J. Rakowski,  
Bismilgerstr. 3.  
[1182]

Gesamtheitens empfehle meine heute  
frischgeschlachteten Wurstwaren, feinsten Garzer  
Pankschinken und Speck als Frühstük zum  
Seibgeug, sowie 4. u. 5. Pfg.-Zigarren.  
**A. Ziehe, alter Markt 4.**  
**Weisskohl, Schnittbohnen,**  
**Preisselbeeren, Pfeffergurken,**  
**Pflanzenmus, echt Magdeb. u.**  
**Thüring. Sauerkohl,**  
sein schmerzende saure Gurken,  
empfehle ichen Wochenmarkt! [1176]  
**Fran Stolbe, rosigestr. 39m.**  
Rindfleisch 60 Pf., Schweinefleisch 70 Pf.,  
gehacktes 75 Pf., Hammel- und Kalbfleisch  
60 Pf., Lalg 50 Pf., Wurst u. Speck 80 Pf.,  
Seit 80 Pf., Schmeer 75 Pf. [1246]  
**G. Wehrmann, Wörmilgerstraße 39.**

**Brot-Offerte.**  
Größtes Brot hier am Plage, schön und  
für Ueberzeugung macht wahr.  
täglich, Profabrik G. Hoffmann, Vergebung,  
Landschäferstraße.

**Breikselbeeren à Pfd. 30 Pf.**  
**ff. Apfelschnitte à Pfd. 80 Pf.**  
empfeilt  
Jul. Wehmer,  
[1165] Zwingerstr. u. Thorstr. Ede.  
**ff. Brot, Butter, Eier, Mehl,**  
nur prima Ware, bei  
Victor Leopold, Schillerstraße 41.  
**ff. holl. Margarine à Pfd. 80 Pf.**  
**la. Hamb. Schmalz à Pfd. 48 Pf.**  
empfeilt  
Jul. Wehmer,  
[1164] Zwingerstr. u. Thorstr. Ede.  
**Kinderwagen, Reiskörbe**  
große Auswahl, billige Preise. [3931]  
**K. A. Koch, Geißstr. 20.**

**Gausbackenbrot,**  
1.50 und fräftig, 7 Stük 3 Mt., 3/4 Stük  
größ und, sowie verschiedene  
**Rugewaren**  
empfeilt die Bäckerei von  
**M. Schmarwitz, Schillerstr. 22a.**

**C. Bormann, Streiberstraße 13.**  
Sonnabend den 2. Mal Schlachtst.  
Gleichzeitig empfehle alle Sorten Fleisch-  
biere, Belgischer Bier zwei Fl. 15 Pf.,  
sowie alle Sorten Hülsenfrüchte zu selben  
Preisen. [1138]  
Allen Freunden und Genossen empfehle  
ich meine [581]

**Tabak- und Zigarrenhandlung.**  
**Zigarretten** in größter Auswahl.  
Spazierstüde, Zigarrenstüden  
und Pfeifen.  
**Bilder** von verstorbenen Parteigenossen.  
Briefbogen und Couverts.  
**Julius Ebeling,**  
Alte Promenade 28.  
Billigste und größte Bezugsquelle für  
**Kinderwagen,**  
**Reiskörbe,**  
**Wetterwagen** bei  
**H. Mederaks,**  
Korbmacherstr.,  
Gleichenstein, Bursger. 46.  
Reparaturen an Kinderwagen billigst.

**Herren-Hüte**  
[525] mit Konturmarken  
sowie schiffgeordnete Mäntel empfeilt zu  
billigen Preisen und bietet ein gültige Zeugnis  
**Karl Bittner, Fleischergasse 41, p.**

**F. Dietze, Halle, Kaiserstraße 25,**  
an der Bucherstraße,  
gibt ausführlichen Rat und behandelt Kranke  
nach dem Grundsatze der seit 1869 ausgeübten  
Naturheilkunde und dem Besensmagnetismus  
täglich von 8-4 Uhr.

**Großes Leinwandbrot!**  
[1166] Alb. Wädtsche, Wölbgrasse 1.

**Kinderwagen**  
in größter Auswahl.  
**Reiskörbe**  
sowie alle anderen Korbwaren  
halte zu billigen Preisen bestens em-  
pfehlen. [1018]  
**C. Hesse, Korbmacherstr.**  
Leipzigstrasse 72.

**Fest-Zeitung**  
**Arbeiter-Masseier**  
(Berlag: „Vorwärts“, Berlin.)  
Preis 10 Pfennig  
zu haben in der  
Volksbuchhandlung.

Billigste Bezugsquelle  
für  
**Schuhwaren**  
aller Art.  
**A. Vogel, Schuhmacher,**  
Steinweg 1.  
[1130]  
**Wohnungen,**  
2 Stuben, 1 Kammer, Küche nebst Zubehör,  
passend zum Übernehmen, sofort oder später  
zu beziehen.  
Thorstraße 20.  
Hr. Schlaßle u. R. Wittelstr. 5, 1. Et. 1.